



Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen teilt mit:

Fernschriftlich voraus

München, den 10. Februar 1986

PM-Nr. 107/86

Umweltministerium: Kernkraftwerk Gundremmingen I nicht wegen schwerer Mängel stillgelegt - Zweifel an Objektivität der Gutachter für WAA unbegründet

Als einen mißglückten Faschingsscherz bezeichnete das bayerische Umweltministerium am Rosenmontag die Behauptung des SPD-Abgeordneten Hans Kolo, bei dem stillgelegten Kernkraftwerk Gundremmingen I seien schwere, vorher nicht feststellbare Mängel im Sicherheitsbereich zutagegetreten. Wie das Ministerium klarstellte, seien keinesfalls schwere Mängel der Grund für die Stilllegung des Kernkraftwerks Gundremmingen I gewesen. Für die Betreiber des Kernkraftwerkes hätte sich vielmehr die Frage gestellt, ob der Reaktorblock stillgelegt oder entsprechend dem Stand von Wissenschaft und Technik nachgerüstet werden soll. Gerade die Verpflichtung, Kernkraftwerke entsprechend dem jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik, und damit unter Berücksichtigung der stets fortschreitenden Sicherheitstechnik, "auf dem neuesten Stand" zu halten, gewährleiste die Sicherheit der Umgebung der Anlage. Es stehe jedoch jedem Anlagenbetreiber frei, statt aufwendiger Nachrüstungsmaßnahmen die Anlage stillzulegen, wenn ihm dies aus unternehmerischer Sicht sinnvoller erscheine.

Ein weiteres Beispiel für die vom Abgeordneten Kolo offenbar für medienwirksam gehaltene Verknüpfung von Tatsachen und Dichtung sieht das Umweltministerium in dem anhand der Stilllegung des Kernreaktorblocks Gundremmingen I geäußerten Verdacht, daß Einzelergebnisse der TÜV-Untersuchungen dem Parlament und der Öffentlichkeit vorenthalten würden. Wie bei jedem bayerischen Kernkraftwerk sei auch der damalige Störfall im Kernkraftwerk Gundremmingen I sofort der Genehmigungsbehörde gemeldet worden, die ihrerseits die Öffentlichkeit rückhaltlos und umfassend informiert habe. Dabei seien auch in keinster Weise Ergebnisse relevanter Sachverständigengutachten zurückgehalten worden, stellte das Umweltministerium klar.

./.

Als völlig abstrus wies das Umweltministerium das Vorgehen zurück, wegen des Vorliegens persönlicher Einzelmeinungen innerhalb eines Gutachtergremiums dessen Objektivität insgesamt in Frage zu stellen. Was das Genehmigungsverfahren zur Wiederaufarbeitungsanlage betreffe, so das Umweltministerium, sei hier nicht allein der TÜV Bayern, sondern eine Gutachterarbeitsgemeinschaft, bestehend aus TÜV Bayern, Gesellschaft für Reaktorsicherheit und Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, eingeschaltet worden. Wenn innerhalb einer derartigen Gutachterarbeitsgemeinschaft persönliche Einzelmeinungen auftreten, so stelle dies nach Auffassung des Umweltministeriums nichts Ungewöhnliches dar. Allerdings seien persönliche Einzelmeinungen noch nicht identisch mit der endgültigen Auffassung des eingeschalteten Gutachtergremiums, sondern dienten nur der Meinungsfindung und Diskussion innerhalb der Gutachterarbeitsgemeinschaft. Dies sei ein ganz normaler Vorgang wissenschaftlicher Meinungsbildung. Es bleibe völlig unerfindlich, meinte das Umweltministerium, was daran befremdlich sei und wie man dadurch die Objektivität des Gutachters in Frage gestellt sehen könne.